

2296/J XXI.GP  
Eingelangt am: 04-04-2001

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Brix, Ing. Kaindl  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
betreffend Intensivierung der Lärmschutzpolitik

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch über die künftige Lärmschutzpolitik vorgelegt. Auch in Österreich ist nach wie vor der Lärm die Umweltbelästigung, die als störendste von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Z.B. waren es 1996 57 % der Wiener Bevölkerung, die sich lärmbeeinträchtigt fühlten, insbesondere durch den Verkehr. Gemäß einer Lärmstudie aus Tirol wird der Lärm von 500 LKW mehr pro Stunde von Anrainern im Vergleich zum Basiswert als doppelt so laut empfunden.

Im Rahmen der Europäischen Union befindet sich zwischen Parlament und Ministerrat die Richtlinie über Umgebungslärm in Endverhandlung. Diese wird EU-weite Limits für Lärmbelästigungen festlegen und die Mitgliedsstaaten verpflichten, Lärmkatastermappen in Städten von mehr als 250.000 Einwohnern festzuhalten sowie entlang von größeren Autostraßen, Eisenbahnen und bei Flughäfen. Ab 2010 soll es derartige Lärmkataster auch für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern geben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

### **Anfrage:**

1. Welche Positionen nimmt Österreich im Bezug auf die EU - Richtlinie betreffend Umgebungslärm ein?
2. Welche Vorbereitungen werden Sie treffen, damit die Richtlinie möglichst rasch in Österreich greift und entsprechende Lärmreduktionskonzepte durchgeführt werden?

3. Welche zusätzlichen Mittel für Lärmschutzmaßnahmen wird es in den Budgets 2001 und 2002 geben? Werden zusätzliche Mittel der Umweltförderung dazu bereitgestellt?
4. Welche Entwicklungen zeichnen sich hinsichtlich der Reduktion des Fluglärm auf EU - Ebene ab? Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in Österreich dazu?